

Vorstand der AfA im SPD-Unterbezirk Düsseldorf
Vorstand der AsJ im UB Düsseldorf • Mettmann • Neuss
Vorstand der AfB im UB Düsseldorf

An
den SPD Parteivorstand
die SPD Bundestagsfraktion

Düsseldorf, 19. Juni 2014

Betr.: TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership - Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft)

Liebe Genossinnen und Genossen,
vorn Hintergrund der Kommunalwahl und OB-Stichwahl in Düsseldorf am 25. Mai bzw. 15. Juni 2014 erreicht Euch unser Schreiben erst jetzt, angesichts der Diskussion auch zu den übrigen diversen Handels- und Investitionsabkommen allerdings keinesfalls verspätet.

Auf Einladung der Düsseldorfer AfA, der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen und der Arbeitsgemeinschaft für Bildung haben rund 70 sozialdemokratische und Gewerkschaftsmitglieder am 29. April an einer Versammlung zum TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership - Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) teilgenommen.

Die Mehrheit der Anwesenden tritt ein für den vollständigen Stopp der Verhandlungen zur TTIP.

Wir halten aufgrund dieser Diskussion eine ernsthafte Debatte in der Partei für erforderlich, deren Verlauf und Ausgang weder vom mit der Union verabredeten Koalitionsvertrag, noch von den Anforderungen der verhandelnden Parteien, der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten diktiert sein dürfen.

Die Einführung in die Diskussion am 29. April wurde von Dr. Sabine Stephan vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung gehalten. Sie wies u.a. nach, dass die angenommenen Wachstumsimpulse durch eine TTIP eher gering, im Promillebereich, sind.

Die anschließende sehr engagiert geführte Diskussion war geprägt von einer zur Position des Parteivorsitzenden und Bundeswirtschaftsministers vollkommen konträr stehenden Position, die u.a. folgende Aspekte benannte:

Unabhängig davon, wie sie zur Großen Koalition und ihrem Koalitionsvertrag stehen und votiert haben, drückten verschiedene Genossinnen und Genossen ihr völliges Unverständnis dafür aus, dass die SPD-Führung einen Koalitionsvertrag unterzeichnet, in dem das Ziel des zügigen Abschlusses der TTIP festgelegt wird: „Genauso wie den Erfolg der Verhandlungen der Europäischen Union über ein Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) streben wir auch den zügigen Abschluss weiterer Handelsabkommen mit dynamisch wachsenden Schwellenländern an.“

Es gibt in der Tat eine Schwemme von »Handelsabkommen«, die nach unserer Einschätzung zu Recht als Bedrohung für die Rechte der Arbeiterschaft weltweit betrachtet werden. So schreibt die Internationale der Öffentlichen Dienste am 28. April 2014: „Wer sich mit den neuen Handels- und Investitionsabkommen auseinandersetzen muss, die zurzeit verhandelt werden, kann in dem

Buchstabendschongel schnell die Orientierung verlieren, muss er doch Kürzel wie TPP, TTIP, CETA, PA, TiSA usw. auseinanderhalten. Trotz dieser verwirrenden Liste mit Akronymen verfolgen all diese Verhandlungen im Kern ein vergleichbares, rein an unternehmerischen Interessen ausgerichtetes Programm.

Jedes Abkommen bildet die Basis für das nächste Vertragswerk innerhalb einer ewig laufenden Maschinerie von Verhandlungen und Neuverhandlungen. Hart erkämpfte Ausnahmeregelungen, beispielsweise zum Schutz öffentlicher Dienste oder zur Ausklammerung von Regulierungen für Finanzdienstleistungen aus den Investitionsschutzvereinbarungen zwischen Staaten und Investoren, stehen in der nächsten Gesprächsrunde wieder zur Disposition. Darüber hinaus gilt für diese hektischen Verhandlungen weiterhin der Grundsatz der Geheimnistuerei und Verschleierung.“

Zwar heißt es im Koalitionsvertrag vage, „bei EU-Handelsabkommen soll die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO)-berücksichtigt werden, damit der Freihandel nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping wird.“ Der Wert einer solchen Soll-Vorgabe bemisst sich jedoch nicht am Papier, sondern daran, ob die Rechte der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften im Rahmen der ILO oder, dem entgegengesetzt, im Rahmen internationaler bi- oder multilateraler Handelsabkommen festgelegt oder – je nachdem - eingeschränkt werden.

Wie schon bei früheren, gescheiterten Versuchen, etwa dem MAI, sollen auch mit der TTIP zentrale Errungenschaften, z.B. die ILO-Konventionen auf internationale Ebene, Tarifverträge, die sozialen Errungenschaften, Gesundheitswesen, Bildung etc. im Rahmen des Nationalstaates und schließlich auf kommunaler Ebene die Daseinsvorsorge und die kommunale Demokratie geschliffen, dereguliert oder der Privatisierung und Profitrealisierung unterworfen werden.

In unserer Diskussion am 29. April wurde auf die Zielsetzung der Handels- und Investitionsabkommen hingewiesen, die basierend auf der Vertragsgrundlage quasi-gesetzlich verbindliche Regelungen zum Schutz der Investorenrechte institutionalisieren und damit die demokratischen Handlungsmöglichkeiten von Parlamenten und Regierungen in verschiedenen Bereichen einschränken. Treffend beschreibt der Vorsitzende des DGB, M. Sommer, in der NOZ vom 30. April 2014 worum es da geht: „Was da quasi über Nacht passiert ist, ist ein unglaublicher Eingriff in die nationalstaatliche Regulierung von Umwelt-, Lebens- und Arbeitsstandards.“

Die Genossinnen und Genossen sind angesichts dieser Entwicklung in großer Sorge und fragen, ob durch die mit der TTIP verbundene Aufhebung der nationalen Souveränität und insbesondere durch die erwartbaren Angriffe auf die sozialen Rechte, die Daseinsvorsorge etc., nicht das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes berührt ist. Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl wiesen, ähnlich der Position des Genossen und Präsidenten des Deutschen Städtetages, U. Maly, auf die Folgen tiefer Eingriffe in die kommunale Demokratie hin. Neben den Fragen der kommunalen Selbstverwaltung und Demokratie sind aber auch die Fragen zur Zukunft der Sparkassen und die des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unter dem Regime einer TTIP zu vertiefen.

Wir haben im Nachgang zu unserer Versammlung natürlich die Grundsatzrede des SPD-Vorsitzenden und Bundeswirtschaftsministers am 5. Mai zur TTIP zur Kenntnis genommen. Er bleibt auf der Linie, die er am 24. März im Papier für den Parteivorstand ausgegeben hat und verspricht erneut ein »gutes« Abkommen, erklärt sich gegen Geheimverhandlungen und den Investorenschutz. Die Verhandlungsführer der USA, Froman, und der EU, De Gucht, reagierten auf S. Gabriels Ablehnung des Investorenschutzes »überrascht«. Und während S. Gabriel erklärt, der Bundestag und die 27 Parlamente der EU-Mitglieder müssten über TTIP abstimmen, unterstreicht De Gucht, dass er dies von seinem EuGH klären lässt - die EU-Kommission will die nationalen Parlamente offensichtlich nicht in einem Ratifikationsprozeß einbeziehen.

Schließlich soll TTIP ein »living agreement« unter der Regie eines transatlantischen »Regulierungsrates« sein, dessen Aufgabe die Koordinierung der Gesetzgebung der USA und der EU und der EU-Mitgliedstaaten sein soll. Das Gesamtgefüge des »living agreement« zwischen Kapital und Staaten, das TTIP festigen soll, fesselt die Staaten. An die Annahme des Abkommens gebunden,

können sie nicht mehr einzelstaatlich kündigen und müssen ihre gesamte Gesetzgebung in der Logik des »living agreement« der Regie des transatlantischen »Regulierungsrates« unterwerfen.

Die Versammlung hat beschlossen, Euch, den SPD Parteivorstand und die SPD Bundestagsfraktion sowie die Gewerkschaftsvorstände anzuschreiben und aufzufordern, mit diesen Verhandlungen zu brechen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. H.-W. Schuster
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im Unterbezirk der SPD Düsseldorf
Liebfrauenstraße 31
40591 Düsseldorf
Tel.: +49 211 7599035
Fax: +49 211 7599092
Mob.: +49 179 9712549

Kopie
an den AfA Bundesvorstand
an die Vorstände der DGB-Gewerkschaften